RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:
Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher

Das Schwergewicht der Tätigkeiten des Ressorts Familie und Chancengleichheit lag in diesem Jahr bei der Erarbeitung einer modernen und zukunftsgerichteten Familienpolitik als Teil einer umfassenden Generationenpolitik.

Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet.

Familienpolitik

Familienleitbild und Massnahmenkatalog
Eine moderne und zukunftsgerichtete Familienpolitik aufzubauen war das Schwerpunktthema im Ressort Familie und Chancengleichheit. Zielorientierte Leitsätze sollen als Grundlage der Liechtensteiner Familienpolitik dienen. Aufbauend auf einem familienpolitischen Konzept, welches Zielsetzungen, Handlungsfelder und Inhalte darstellt, wird ein Familienleitbild erstellt, welches als längerfristiges Planungs- und Steuerungselement zu verstehen ist. Das Familienleitbild enthält Leitsätze und Ziele der Regierung in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik: was ist unter Familienpolitik zu verstehen, wer ist davon erfasst, welche Ziele sollen verfolgt werden, welche Aufgabe hat der Staat? Diese und andere Fragen sind zu beantworten. Darauf aufbauend zeigt das Familienleitbild Handlungsfelder sowie Leistungen und Massnahmen. Ein laufend angepasster Massnahmenkatalog soll die aktuellen Projekte darstellen.

Leistungsvereinbarungen
Im Bereich der Familienpolitik und der Familienförderung besteht ein komplexes System an Leistungen, Trägern und Massnahmen. Da die finanzielle Ausgestaltung der Familienförderung ein wesentlicher Faktor ist, wird auch diese entsprechend untersucht.

Die Regierung hat beschlossen, die Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen Trägern im Bereich der Familie zu überarbeiten: Künftig wird mit Wirkungszielen und Indikatoren gearbeitet, um den Mittelfluss im Rahmen der vereinbarten Ziele anhand der Indikatoren kontrollieren und steuern zu können.

Familienrat
An der Sitzung des Familienrates im Juni 2009 wurde festgestellt, dass das Zwei-Kammer-System des im Jahre 2008 eingesetzten Familienrates (Leitungsgremium und Unterausschuss) schwerfällig und kompliziert ist. Im Ressort wurden dann die Struktur des Familienrates und seine Aufgaben überprüft und dem Familienrat im Mai präsentiert. Es stellte sich heraus, dass das Zweikammersystem auch für die Mitglieder des Familienrates unbefriedigend ist. Die Regierung hat daraufhin beschlossen, den Familienrat zu modifizieren. Der Familienrat in seiner Zusammensetzung aus Leitungsgremium und Unterausschuss wurde aufgelöst und ein neues Fachgremium eingesetzt. Der neue Familienrat besteht aus Experten aus dem deutschsprachigen Raum und aus Liechtenstein und berät das Ressort Familie und Chancengleichheit in Schwerpunktthemen der Liechtensteiner Familienpolitik. Die Entwicklung der Familienpolitik soll jedoch mit Einbezug der betroffenen Organisationen und Stellen geschehen. Die vom Familienrat ausgearbeiteten Schwerpunktthemen werden daher betroffenen Partnern und Organisationen präsentiert und in Workshops bearbeitet.

Internet-Informationsseite
Im Bereich der Familienpolitik ist die Leistungs- und Trägervielfalt gross. Aufgrund dieser Komplexität besteht die Gefahr der Intransparenz. Deshalb soll der Informationszugang optimiert werden. Im Berichtsjahr wurde am Aufbau einer behindertengerechten Internet-Informationsseite gearbeitet. Auf der Informationsplattform werden Informationen über vorhandene Angebote und Dienstleistungen sowie zuständige Kontakte in zielgruppenspezifischer Form einfach zugänglich gemacht.

Kinder- und Jugendbereich

Ausserschulische Kinderbetreuung
Der Bedarf an ausserhäuslicher Betreuung von Kindergarten- und Schulkindern ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu ermöglichen, ist ein zentrales Anliegen der Familienpolitik. Aus diesem Grund hat die Regierung die Konzepte der ausserschulischen Tagesstruktur in der Gemeinde Schaan genehmigt und beschlossen, diese in der Pilotphase bis Ende 2011 zu unterstützen. Die Regierung fördert den bedarfsgerechten Ausbau von ausserschulischen Tagesstrukturen.

Offene Jugendarbeit
Die Regierung hatte 2009 beschlossen, sich an der von der Vorsteherkonferenz lancierten Analyse zur Offenen Jugendarbeit – Ist-Aufnahme aller Tätigkeiten der Jugendorganisationen in Liechtenstein und allfällige Empfehlungen einer Neuausrichtung – zu beteiligen. Eine Mitarbeiterin des Ressorts Familie und Chancengleichheit ist Vertreterin der Regierung in der strategischen Projektleitung (Gemeinde- und Regierungskommission). Ziel des Projektes ist die Optimierung der offenen Jugendarbeit. Im Bericht, welcher im Mai Regierungschef Klaus Tschütscher und der Vorsteherkonferenz präsentiert wurde, werden die Entwicklung in der Offenen Jugendarbeit, die Vielfältigkeit, das Engagement und die Rahmenbedingungen positiv hervorgehoben, aber auch

Schwachpunkte aufgezeigt. Es wird empfohlen, eine neue Organisationseinheit zu schaffen. Im Juni wurde der Bericht verschiedenen Leistungsträgern präsentiert. Die Gemeinden haben den Bericht zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden: die Offene Jugendarbeit wird inhaltlich, strukturell und personell optimiert. Das Ressort Familie und Chancengleichheit und der Vorsitzende der Vorsteherkonferenz wurden von der Regierung beauftragt, dieser einen Vorschlag für das weitere Vorgehen (Einsetzung, Zusammensetzung und Aufgaben der Projektgruppe) zu unterbreiten.

Chancengleichheit

Umsetzung von Richtlinien im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann

Im Berichtsjahr hat das Ressort Familie und Chancengleichheit der Regierung den Bericht und Antrag zur Abänderung des Gleichstellungsgesetzes vorgelegt. Anstoss hierzu waren die Richtlinie 2004/113/EG des Rates der Europäischen Union, welche Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbietet und die Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments, mit welcher die Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit durchgesetzt werden sollen. Damit sollen künftig auch Bestimmungen, welche die Gleichstellung von Frau und Mann ausserhalb des Arbeitsmarktes gewährleisten, Bestandteil des Gleichstellungsgesetzes sein. Die erste Lesung der Gesetzesvorlage fand in der Dezember-Sitzung des Landtages statt.

Für die Abklärung des Umsetzungsbedarfes der Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeitsgruppe steht unter der Federführung des Ressorts Familie und Chancengleichheit und der Stabstelle für Chancengleichheit. Des Weiteren nehmen Vertreterinnen des Amtes für Gesundheit, des Amtes für Volkswirtschaft, der Finanzmarktaufsicht und ein Vertreter der Stabsstelle EWR Einsitz in dieser Arbeitsgruppe.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann: Übergabesitzung

Die Regierung hat im Juni die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann neu bestellt. Am 26. Juni 2010 fand mit Ressortinhaber Klaus Tschütscher die Übergabesitzung der Kommission statt, welche neu von Helen Goop geleitet wird. Zu den Aufgabenschwerpunkten der Kommission gehört unter anderem die aktive Beobachtung der Entwicklung bei der Gleichstellung von Frau und Mann und der getroffenen Gleichstellungsmassnahmen. Auch die Ausarbeitung eigener Empfehlungen oder Anträge zuhanden der Regierung für Massnahmen im Hinblick auf die Gleichstellung von Frau und Mann zählen zu den Arbeitsbereichen. Klaus Tschütscher betonte, dass es Ziel der Regierung ist, Benachteiligungen abzubauen, beiden Geschlechtern gleiche Möglichkeiten zu eröffnen und es ihnen zu ermöglichen, frei und selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten.

Teilnahme an Veranstaltungen

JUBEL-Vollversammlung

Regierungschef Klaus Tschütscher betonte anlässlich der Begrüssungsrede zur JUBEL-Vollversammlung am 24. Februar 2010 seine Freude über das Engagement der Jugendlichen. JUBEL, eine repräsentative Organisation der Jugendbeteiligung im Sinne des Kinder- und Jugendgesetzes, soll eine Plattform darstellen zur klassen-, schul- und gemeindeübergreifenden Vernetzung der Kinder und Jugendlichen sowohl untereinander als auch mit Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. Regierungschef Klaus Tschütscher erinnerte an die grossen Herausforderungen während der erfolgreich durchgeführten Pilotphase von 2007 bis 2009 und ermutigte die Jugendlichen, den vor drei Jahren eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen.

Interregionaler Jugendprojektwettbewerb

Der Interregionale Jugendprojektwettbewerb bietet Jugendlichen, Jugendorganisationen, Vereinen und weiteren die Möglichkeit ein Projekt aus dem Bereich Kultur, Sport, Soziales, Umwelt usw. einzureichen. Am regionalen Präsentationsabend wird gezeigt, wie die Projekte in den letzten Monaten umgesetzt wurden. Dieser fand am 29. Oktober 2010 in Balzers statt. Begrüsst wurden die Gäste und die beteiligten jungen Menschen von Regierungschef Klaus Tschütscher. Die besten Projekte wurden für das Interregionale Finale des 6. Jugendprojektwettbewerbes nominiert. Eine Jury, die sich aus je fünf Jugendlichen aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein zusammensetzt, hat am 20. November 2010 in Buchs die Siegerprojekte prämiert. Die St. Galler Regierungsrätin begrüsste dort ihre Amtskollegin aus Vorarlberg und auch Regierungschef Klaus Tschütscher.

«Gateway – Abenteuer Neue Medien»

Am 5. Mai 2010 begrüsste Regierungschef Klaus Tschütscher die Gäste zum Impulstag «Gateway – Neue Medien». Dies ist ein Interregionales Programm der Jugendschutz- und Suchtprävention Liechtenstein. Das Präventionsprojekt soll Erwachsenen eine Orientierungshilfe bieten, um den Umgang der Kinder mit den Medien besser begleiten zu können. Bei den Jugendlichen zielt das Projekt auf die Verbesserung der Medienkompetenz ab. Regierungschef Klaus Tschütscher informierte sich auch bei einem Lihga-Besuch im Herbst am Stand des Amtes für Soziale Dienste über die Gefahren und Chancen der neuen Medien. An der Lihga wurden auch die

sehr guten Ratgeber des Amtes für Soziale Dienste («Mit Kindern über das Fernsehen reden» und «Mit Jugendlichen über neue Medien reden») abgegeben.

Besuch aha – Tipps und Infos für junge Leute
Regierungschef und Familienminister Klaus Tschütscher besuchte am 18. November 2010 das Jugendinformationszentrum aha, um sich vor Ort ein Bild über die vielfältigen und wichtigen Leistungen des Jugendinformationszentrums aha zu machen. Er diskutierte dort auch die Fortschritte in der Jugendarbeit.

Eröffnung Tagesstrukturen Schaan
Regierungschef und Familienminister Klaus Tschütscher hat am 5. November 2010 an der offiziellen Eröffnungsfeier der Tagesstrukturen Schaan teilgenommen. Dies im Beisein von Vertretern der Gemeinde und des Vereins Kindertagesstätten. Die Einrichtung wird vom Land, der Gemeinde und Mitgliederbeiträgen getragen und bietet eine umfassende ausscherschulische Betreuung für Kinder an.

Chancengleichheitspreis
Am 8. März 2010 übergab Regierungschef Klaus Tschütscher den 1. Preis und die beiden Anerkennungspreise. Um den Chancengleichheitspreis können sich Organisationen, Private, Unternehmen und Verwaltungen mit Projekten, welche zu einer grösseren Chancengleichheit in den Bereichen Behinderung, Alter, soziale Benachteiligung, sexuelle Orientierung, Migration und Integration sowie Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau beitragen, bewerben. Der mit CHF 20'000 dotierte Preis ging an das junge Theater Liechtenstein mit dem Theaterprojekt Augustine. Die beiden Anerkennungspreise in der Höhe von je CHF 5000 bekamen die Erwachsenenbildungsanstalt Stein Egerta für das Projekt «Der Tanz mit dem Besen - eine innovative Seminarreihe für Reinigungsfrauen» und das Projekt «Unterwegs in Liechtenstein - Deutsch im Fürstentum Liechtenstein» des Vereins für interkulturelle Bildung. Regierungschef Klaus Tschütscher bedankte sich bei den Organisationen und Personen, welche eine Eingabe gemacht hatten, für ihren Einsatz und ihr Engagement im Bereich der Chancengleichheit.

Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste) [1]

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Das EU Programm «Jugend in Aktion» erwies sich erneut als wichtiges Instrument zur Förderung von Aktivitäten im Kinder- und Jugendbereich. Der interregionale Jugendprojektwettbewerb wurde mit Erfolg durchgeführt. Bei der ausserhäuslichen Betreuung von Kindern war eine starke Zunahme der Nachfrage festzustellen. Diesem Umstand Rechnung tragend wurde an der Sicherung und Hebung der Qualitätsstandards gearbeitet. Die Kinder- und Jugendhilfe war mit äusserst anspruchsvoller Klientenarbeit bei leichter Fallzunahme (plus 4 %) befasst, wobei ein grosser Betreuungsbedarf festzustellen war. Für Kinder konnte erstmals seit vielen Jahren wieder ein Angebot im Rahmen des Betreuten Wohnens geschaffen werden. Die inländische Betreuungseinrichtung für Jugendliche (JWG) ist an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Mit dem Schulamt und den Schulen wurden die Melderechte und Meldepflichten der Kindeswohlgefährdung geklärt und die Multifamilienarbeit an der Time-out-Schule erfolgreich weitergeführt. Auf Kinder- und Jugendschutzübertretungen wurde pädagogisch eingegangen. Anzeigen waren bei Verstössen durch Erwachsene erforderlich. Der Schwerpunkt lag bei präventiven Themen. Ein Konzept für die Prävention der Ver- und Überschuldung junger Menschen durch Schulung wurde ausgearbeitet. In der offenen Jugendarbeit sorgten Vorschläge zur Reform der Strukturen für Diskussionen. Die Durchführung eines soziokulturellen Theaterprojekts war ein erfolgreicher Beitrag zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, welches vor allem junge Menschen einzubinden vermochte. Aufgrund des grossen Zuspruches wurde die «Jugendbeteiligung Liechtenstein» nach einer Pilotphase als fester Bestandteil der Partizipation bestätigt.

Internationale Aktivitäten

EU/EWR/Europarat/regionale und bilaterale Zusammenarbeit
Liechtenstein beteiligte sich aktiv am EU-Programm «Jugend in Aktion» (Laufzeit 2007-2013). Im Berichtsjahr wurden ein multilaterales Jugendaustauschprojekt in Liechtenstein und fünf Jugendinitiativen durchgeführt und gefördert. Darüber hinaus nahmen liechtensteinische Jugendliche an Projekten in Finnland, Grossbritannien, Deutschland und Luxemburg teil. Im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes engagierten sich drei junge Menschen aus Liechtenstein in gemeinnützigen sozialen Organisationen in Deutschland und Grossbritannien. Drei Freiwillige aus Bulgarien, Deutschland und Rumänien leisteten ihrerseits Einsätze in inländischen Aufnahmeorganisationen. In Liechtenstein wurden ein Machbarkeitsbesuch zum Thema Nachhaltigkeit und ein Seminar zum Thema Alten- und Behindertenarbeit gefördert. Erstmals konnte auch ein Demokratieprojekt genehmigt werden, dessen Umsetzung im Frühjahr 2011 geplant ist. Die Nationalagentur veranstaltete ein Mentorentreffen und unterstützte ein Ausbildungswochenende zum Thema Jugendbeteiligung sowie die liechtenstei-

[1] Beachten Sie auch die Berichte des Amtes für Soziale Dienste zum Erwachsenenbereich (Ressort Soziales) und zur Sucht- und Drogenthematik (Bericht der Kommission für Suchtfragen: Ressort Gesundheit).

nische Delegation am Jugendforum in Wien.

Ein Mitglied der Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch nahm als Vertreter Liechtensteins an der Eröffnung der Europaratskampagne gegen sexuelle Gewalt an Kindern in Rom teil.

Bereits zum 6. Mal konnte der Interregionale Jugendprojektwettbewerb gemeinsam mit Vorarlberg und St. Gallen durchgeführt werden. Es wurden fünf Projekte von jungen Leuten zwischen 14 und 25 Jahren am liechtensteinischen Wettbewerb eingereicht. Das Jugendinformationszentrum «aha» zeichnete in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugenddienst für die Durchführung des Wettbewerbes auf nationaler sowie interregionaler Ebene verantwortlich.

Das Amt für Soziale Dienste war an zwei Tagungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung vertreten.

Schwerpunktthemen

Psychosoziale Versorgung im Kinder- und Jugendbereich

Der Bedarf an ausserhäuslicher Tagesbetreuung ist stark angestiegen und auch im Berichtsjahr erfolgte eine weiterer Ausbau. Der Verein Kindertagesstätten mit 13 Einrichtungen betreute zusammen mit den andern Anbietern rund 550 Kinder stunden- oder tageweise in den Tagesstätten, rund 180 Kinder in den Tagesstrukturen. In den Einrichtungen mit flexiblen (stundenweise) Betreuungszeiten wurden rund 390 Kinder betreut. Dazu kommen ca. 75 Kinder, welchen von rund 30 Tagesmüttern des Eltern Kind Forums betreut wurden.

Mit der Eröffnung der «ausserschulischen Tagesstrukturen» in Schaan zum Schuljahrbeginn im August, eines Mittagtisches in Schellenberg sowie einer Mittags- und Nachmittagsbetreuung in Triesenberg im Frühjahr wurde das Betreuungsanbot erweitert. Diese Einrichtungen wurden gemäss Kinderbetreuungsverordnung bewilligt und werden staatlich gefördert. Die Betreuung der Kinder obliegt an allen Standorten dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein. Der weitere Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder ist im Gange. In der Gemeinde Gamprin wurden am Ende des Berichtsjahres die Renovationsarbeiten in der alten Primarschule abgeschlossen, so dass neben der Kindertagesstätte auch ein zusätzliches Tagesstrukturangebot für ca. 25 Kinder Platz finden wird. Im Rahmen der Bewilligungsverfahren wurden gemäss Kinderbetreuungsverordnung ein von Privatpersonen betriebenes Betreuungsangebot sowie eine von der Liechtensteinischen Waldorfschule betriebene Nachmittagsbetreuung und Spielgruppe in Schaan bewilligt. Dem Wohnheim Besch des Heilpädagogischen Zentrums HPZ wurde im April für eine Kinder- und Jugendwohngruppe die provisorische Bewilligung erteilt.

Aufsicht in der ausserhäuslichen Betreuung

Die Qualitätsstandards bei der Aufsicht wurden weiterentwickelt. Zusätzlich zu den Aufsichtsbesuchen der Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes führt ein renommiertes Fachinstitut schwerpunktmässig Überprüfungen durch.

Konzept Spielgruppenverein Liechtenstein

Der Verein Spielgruppen hat ein Spielgruppenkonzept mit dem Ziel, eine Vereinheitlichung der Spielgruppen zu erlangen, vorgelegt. Auf dieser Grundlage wird geprüft, ob ein Leistungsvertrag mit dem Verein abgeschlossen werden soll.

Leistungsverträge / Träger der Kinder- und Jugendhilfe

Das Amt hat gemäss Art. 57 des Kinder- und Jugendgesetzes (KJG) mit den privaten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, die zur Mitwirkung herangezogen und finanziell unterstützt werden, einen Leistungsvertrag abzuschliessen. Dies gilt ebenso für Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung, wenn sie regelmässig Landesförderungen erhalten (Art. 84 KJG).

Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe: Verein für Kinderbetreuung, Planken; Verein Kindertagesstätten Liechtenstein (Leistungsvertrag bestehend); Verein Kindertagesstätten Pimbolino, Gamprin; Eltern Kind Forum (Leistungsvertrag bestehend); Sozialpädagogische Jugendwohngruppe (JWG); Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) (Leistungsvertrag bestehend); Sorgentelefon; Solina Stiftung (Leistungsvertrag bestehend; aufgelöst am 31.12.2010); Stiftung Carina, Feldkirch (Leistungsvertrag bestehend).

Institutionen der Kinder- und Jugendförderung: Pfadfinder und Pfadfinderinnen Liechtensteins (Leistungsvertrag in Überarbeitung); Verein Liechtensteinischer Jugendorganisationen; Bildungshaus Gutenberg; Ludothek Fridolin (Leistungsvertrag in Ausarbeitung); Jugendinformationszentrum «aha»; Nationalagentur «Jugend» (Leistungsvertrag bestehend); Verein Kinderoasen Vaduz und Mauren; Mütterzentrum Rapunzel, Schaan (Leistungsvertrag in Ausarbeitung); Spielgruppenverein FL.

Mit der Regierung wurde ein neuer Musterleistungsvertrag erarbeitet und verabschiedet. Mit dem neuen Finanzkontrollgesetz besteht nun auch die lang angestrebte Möglichkeit, dass die Finanzkontrolle zur Kontrolle der Rechtmässigkeit von Finanzhilfen und Abgeltungen Stichproben bei den Empfängern (Sozialhilfe- und Jugendhilfeträger) durchführt (z.B. Kontrollen der Revisionen). Diese Kontrollen werden in enger Zusammenarbeit mit dem Amt erfolgen.

Bei verschiedenen Jugendhilfeträgern wurden Reformprozesse in Gang gesetzt (z.B. Eltern Kind Forum) bzw. abgeschlossen (z.B. Solina Stiftung). Hierzu wurden auch betriebswirtschaftliche Analysen durchgeführt. Die Solina Stiftung wurde aufgelöst. Zukünftig sollen die niedergelassenen Kinderpsychotherapeuten die entsprechenden Angebote sicherstellen.

Im Berichtsjahr wurden Vorarbeiten zum Abschluss von drei weiteren Leistungsverträgen in die Wege geleitet.

Kinder- und Jugendhilfe

Klientenstatistik und Fallarbeit
Die Klientenzahl ist gegenüber dem Vorjahr von 470 auf 487 angestiegen. Die Klientenzahl war im Zeitraum der letzten fünf Jahre konstant: Schwankungsbreite zwischen 470 und 537. Die in der Fallarbeit tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassten sich mit den in den folgenden Tabellen aufgeführten Problemen.

I.) Kinder und Jugendliche: Diese Gruppe unterteilt sich wie folgt:
148Klienten mit folgenden 231 Problemstellungen

43	Verhaltens- und/oder Emotionale Auffälligkeiten/-störungen
40	Straffälligkeit
33	Probleme in der Schule oder am Arbeitsplatz
29	Substanzmittelmissbrauch
17	Verstoss gegen Jugendschutzbestimmungen
15	Persönliche Krisen
12	Probleme hinsichtlich beruflicher Orientierung
11	Psychische Probleme / Psychische Störungen
11	Gewalttätigkeit
8	Entwicklungsauffälligkeiten/-störungen
8	Fehlende Arbeits- und Ausbildungsbereitschaft/-motivation
2	Behinderung
1	Sexualität und Partnerschaft
1	Schwangerschaft von Minderjährigen

Tab. 1: Kinder und Jugendliche

II.) Ambulante und stationäre Betreuungen: Folgende Tabelle listet die delegierten Betreuungsfälle (197 Problemstellungen bei 141 Klienten, Mehrfachhilfen im Einzelfall gegeben) nach Art der Einrichtung und Ausgaben auf. Übersicht «Delegierte ambulante und stationäre Betreuungen»

Art der Einrichtung	Einrichtung (Anzahl Hilfen)	Betrag in CHF
Familienbegleitung	a) Sozialpädagogische Familienbegleitung (40)	124'672
	b) Begleitetes Besuchsrecht (16)	
Pflegeverhältnisse	(12)	87'464
Sonderhilfen	(77)	287'945
Stationäre Einrichtung im Inland	a) JWG (27) b) TWG (3) c) HPZ (1)	347'289
Stationäre Einrichtung im Ausland	(21)	675'570
SUMME		1'522'940

Tab. 2: Delegierte ambulante und stationäre Betreuungen 2010 (Begleitetes Besuchsrecht wird pauschal abgerechnet)

III.) Behördliche Dienstleistungen (177 Dienstleistungen für 167 Klienten):

	Gerichtlich und/oder behördlich beauftragte Stellungnahmen, Gutachten oder weitere Aufträge
17	Diversion (Bericht an Staatsanwaltschaft Art. 33 KJG)
16	Obsorgestellungnahme (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
6	Führung der Obsorge über eine/n Minderjährige/n (Gerichtlich beauftragt...)
5	Besuchsrechtstellungnahme (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
5	Adoptionsstellungnahme (Art. 181a ABGB) (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
5	Amtshilfe (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
1	Bericht / Stellungnahme bei Straffälligkeit ans Gericht (Art. 33 KJG)
	Weitere behördliche Dienstleistungen (für den Bürger)
61	Vaterschaftsanerkennung (Weitere behördliche Dienstleistungen)
47	Antrag auf finanzielle Jugendhilfe (Kita, JWG,...)
10	Unterhaltsvertrag (Weitere behördliche Dienstleistungen)
2	Beistand in Vaterschaftsklagen (Weitere behördliche Dienstleistungen)
1	Beistand in Unterhaltsfragen (Weitere behördliche Dienstleistungen)
1	Pflegebewilligungsverfahren Adoption (Kapitel E, KJG)
0	Pflegebewilligungsverfahren (Kapitel F, KJG)

Tab. 3: Behördliche Dienstleistungen

IV.) Erziehungsberechtigte (148 Problemstellungen bei 123 Klienten):

46	Trennungs-/ Scheidungsproblematik
31	Dysfunktionale / Problematische Erziehungsmerkmale / -verhalten
25	Erziehungsschwierigkeiten / Probleme in der Erziehung
19	Psychische Krankheit
14	Mangelnde oder fehlende Erziehungsfähigkeit
6	Substanzmittelmissbrauch
5	Tod der Eltern/Verschwinden eines Elternteils oder der primären Bezugsperson
2	Körperliche Erkrankung und/oder Behinderung

Tab. 4: Erziehungsberechtigte

V.) Familiensystem (73 Problemstellungen bei 65 Klienten):

29	Beziehungs-/ Umgangsprobleme in der Familie
14	Anpassungsprobleme bei Veränderung der Lebensumstände
12	Besondere Familienformen und damit verbundene Probleme
9	Ablösungsproblematik
6	Migrationsthematik
3	Unzulängliche wirtschaftliche (bzw. materielle) Verhältnisse

Tab. 5: Familiensystem

VI.) Finanzielle Unterstützungen für die Tagesbetreuungen nach Art der Einrichtung und Ausgaben (71 Hilfen für 63 Klienten, Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich):

Art der Einrichtung	Einrichtung (Anzahl Hilfen)	Betrag in CHF
Ausserhäusliche Tagesbetreuung (Unterstützung an Elternbeitrag)	a) Kindertagesstätten (54) b) Eltern Kind Forum (8) c) Private Tagesmutter (9)	119’231

Tab. 6: Finanzielle Unterstützung Tagesbetreuung

VII.) Sonstige Beratungsthemen (66 Beratungsfälle bei 59 Klienten):

32	Fragen zum Besuchsrecht
13	Fragen zur Adoption
8	Fragen zur Obsorge
7	Fragen zu Entwicklung und Erziehung
5	Fragen zum Unterhalt
1	Betreuungsplatz für ein Kind

Tab. 7: Sonstige Beratungsthemen

VIII.) Kernaufgaben: Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch (39 Problemstellungen bei 38 Klienten):

13	Vernachlässigung
11	Verdacht auf Vernachlässigung
7	Verdacht auf Misshandlung
4	Misshandlung
4	Sexueller Missbrauch
0	Verdacht auf sexuellen Missbrauch

Tab. 8: Kernaufgaben

Korrespondierend zu den geschilderten Problemen wurden folgende Dienstleistungen erbracht:

Unterstützungsarten (Kinder- und Jugenddienst)	Anzahl	%
Beratung	412	44
Delegierte ambulante und stationäre Betreuungen	197	21
Behördliche Dienstleistungen	177	19
Casemanagement	72	8
Finanzielle Unterstützung für Tagesbetreuungen	71	8

Tab. 9: Unterstützungsarten

Ausgewählte Themen zur Kinder- und Jugendhilfe

Stationäre Aufenthalte: Organisiertes / Betreutes Wohnen

Bei Kindern mit stationärem Betreuungsbedarf ist das Amt bis anhin vollständig angewiesen auf Einrichtungen im Ausland, wobei sich die Platzsuche zunehmend als schwierig erweist. Erstmals konnte im Bereich Betreutes Wohnen des HPZ ein schwerbehindertes Kind aufgenommen werden. Voraussichtlich im Februar werden Kinder in einer kleinen Wohngruppe Aufnahme finden können.

Auch bei Jugendlichen besteht ein zunehmender Bedarf an stationären Betreuungsplätzen, der mit der bestehenden Einrichtung (Sozialpädagogische Jugendwohngruppe mit angegliederter Aussenwohngruppe) im Inland nicht abgedeckt werden kann. Die Suche nach einem geeigneten Platz im Ausland gestaltet sich zunehmend schwieriger, weil auch im benachbarten Ausland gute Facheinrichtungen lange Wartelisten haben. Eine Erweiterung bzw. ein Ausbau der Sozialpädagogischen Jugendwohngruppe in Vaduz ist deshalb dringend indiziert.

Insgesamt mussten im Berichtsjahr 17 Kinder bzw. Jugendliche (gegebenenfalls junge Erwachsenen in Fortführung einer Platzierung über die Mündigkeit hinaus) über die Kinder- und Jugendhilfe im Ausland platziert werden.

Kindeswohlgefährdung / Melderechte und Meldepflichten

Im Berichtsjahr informierte das Amt die Leiterinnen des Vereins Kita und die Schulleiter der Kindergärten, der Primar- und Sekundarschulstufen über die im neuen Kinder- und Jugendgesetz festgelegten Melderechte und Meldepflichten. Im Vorfeld wurde gemeinsam mit dem Schulamt ein Handout für das Schulpersonal erarbeitet. Gemäss den neuen gesetzlichen Bestimmungen hat der Kinderschutz gegenüber den beruflichen Verschwiegenheitspflichten Vorrang. Der Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen bei Kindeswohlgefährdungen kommt eine differenzierte und bedeutende Rolle zu.

Gemeinsame Obsorge
Die Leiterin des Kinder- und Jugenddienstes nahm an einer Podiumsdiskussion zum Thema «Elterliches Sorgerecht» teil. Das elterliche Sorgerecht soll im Rahmen der Revision des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches bis 2011 überarbeitet werden. Die zentrale Fragestellung ist, ob das alleinige Sorgerecht als Regelfall beibehalten oder das gemeinsame Sorgerecht zum Regelfall erklärt werden soll.

Multifamilienarbeit / Time-out Schule (TOS)
Einer Psychologin der Kinder- und Jugendhilfe oblag die Leitung der Multifamilienarbeit (MFA) in der Time-out Schule. In den MFA-Sitzungen, die gemeinsam mit den Jugendlichen und ihren Eltern wöchentlich statt finden, werden verschiedene Themen, die für die Jugendlichen und deren Eltern wichtig sind, besprochen und bearbeitet. Oberstes Ziel ist es, die Jugendlichen bei der Wiedererlangung der Schulfähigkeit zu unterstützen.

Sexueller Missbrauch
Die von einer Kinderpsychologin des Amtes geleitete interdisziplinäre «Fachgruppe gegen Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen» befasste sich mit sechs neuen Fällen.

Antiaggressivitätstraining
Bei Straftaten, welche auf Gewalthandlungen beruhen, sind Geld- und Haftstrafen als staatliche Reaktion alleine oft nicht ausreichend. Vielmehr bedarf es Massnahmen, die an der Ursache, nämlich der überhöhten oder unkontrollierbaren Aggression, ansetzen. Das Amt für Soziale Dienste hat nun in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht ein Konzept für die Durchführung des Anti-Aggressions-Trainings erarbeitet. Darin kommen dem Amt die Aufgaben der Indikationsstellung, der Koordinierung sowie der Finanzierung der Trainings zu.

Fachvorträge
Eine Mitarbeiterin der Kinder- und Jugendhilfe hielt zwei Workshops für Erwachsene mit den Titeln «Sachen, die Kinder stark machen! - Was kann ich tun, damit mein Kind selbstbewusst wird?» und «Typisch Pubertät! Eine Herausforderung für Eltern: Wie lasse ich los und gebe trotzdem Halt?». Veranstalter war die Offene Kinder- und Jugendarbeit Eschen / Nendeln.

Kinder- und Jugendschutz

Im Berichtsjahr wurden 17 Kinder- und Jugendschutzübertretungen gemeldet. Im Einzelnen gelangten 16 Anzeigen wegen Verstössen gegen das Jugendgesetz (Alkohol, Nikotin) durch die Landespolizei und eine Meldung durch eine Drittperson an die Jugendschutzstelle. Bei allen jugendlichen Klienten erfolgten pädagogische Interventionen. In 14 Fällen wurde mit den Jugendlichen, die schwerwiegend oder wiederholt gegen das Jugendgesetz verstossen hatten, unter Einbezug der Eltern Gespräche geführt.

In sechs Fällen meldeten besorgte Eltern den Cannabiskonsum ihrer Kinder dem Jugendschutzbeauftragten und baten um Hilfe und Unterstützung und in zwei Fällen erstattete «die Schule» Meldung.

Neben der Klientenarbeit lagen Schwerpunkte des Kinder- und Jugendschutzes in folgenden Bereichen: Erstellung einer Jugendschutzhomepage und Betreibung eines Internet-Forums zu Jugend(schutz)fragen (www.jugendschutz.li); amtliche Testeinkäufe beim Kauf von Alkohol und Nikotin in für Jugendliche attraktiven Betrieben wie Supermärkte und Tankstellen; Projektleitung «Gateway» in der Thematik der «Neuen Medien». Weitere präventive Bereiche waren: Einsätze im Zusammenwirken mit der Landespolizei, der Gemeindepolizei und den Veranstaltern bei Grossanlässen; Organisation eines Jugendrauchstoppkurses; Betreibung der Chill-Out Zone am Staatsfeiertag; Referate über den Kinder- und Jugendschutz für die Vorbereitungslehrgänge zur Gastwirteprüfung sowie über «Neue Medien» für den Elternabend der Offenen Jugendarbeit in Eschen/Nendeln; Mitarbeit in der Steuerungsgruppe «Suchtpräventionsprojekte» und am «Runden Tisch für Gesundheitsförderung an Schulen»; Öffentlichkeitsarbeit in diversen Medien.

Finanzführerschein: Die Ver- und Überschuldung junger Menschen stellt zunehmend ein gesellschaftspolitisches Problem dar. Nicht selten liegt der Beginn der finanziellen Probleme bereits vor dem 18. Lebensjahr. Auf Grund dieser Situation beauftragte das Ressort Familie und Chancengleichheit das Amt für Soziale Dienste den «Finanzführerschein» nach dem Vorarlberger Modell einzuführen und die mögliche Umsetzung zu erörtern.

Kinder und Jugendförderung

Zusammenarbeit mit den Gemeinden
Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit des Kinder- und Jugenddienstes mit dem Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ weiter vertieft.

«Zur schönen Aussicht» soziokulturelles Theaterprojekt
Am 11. und 12. Juni fanden im SAL in Schaan sehr erfolgreich Aufführungen des Theaters «Zur schönen Aussicht» von Ödön von Horváth statt. Bei diesem ungewöhnlichen, soziokulturellen Theaterprojekt wirkten vornehmlich junge Klienten des Amtes mit, für die dieser Auftritt eine enorme Herausforderung darstellte. In den monatelangen intensiven Vorbereitungen und dank der professionellen Regieführung durch Marc Prätsch aus Hildesheim konnten die Laienschauspieler im Bereich Selbstverstrauen, Selbstwirksamkeit, soziale und kulturelle Kompetenz neue Erfahrungen machen und für sich dieses Projekt sehr positiv abschliessen. Die Durchführung des Projektes war dank einer grosszügigen Spende

einer Stiftung sowie durch die Unterstützung der Gemeinden und des Landes möglich geworden.

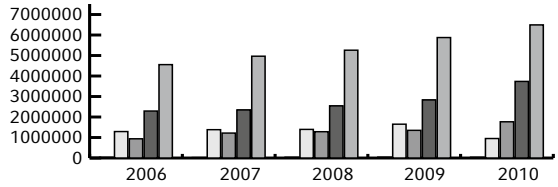
Gewaltschutzkommission
Als Folge aus der Studie «Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein» beschloss die Regierung einen Massnahmenkatalog. Darin wurde das Amt beauftragt in Zusammenarbeit mit der Gewaltschutzkommission ein Beratungskonzept für Aussteiger, Eltern, Lehrpersonen und Sozialtätige zu erarbeiten. Die Regierung nahm im Juni das erarbeitete Konzept zur Kenntnis und setzte neu eine «Fachgruppe für Rechtsextremismus» unter dem Vorsitz eines Mitarbeiters des Kinder- und Jugenddienstes ein. Die Mitglieder der Fachgruppe aus dem psychosozialen Bereich fungieren im Rahmen ihrer Tätigkeit in einer Beratungsfunktion und arbeiten im Sinne regelmässiger Helferkonferenzen interdisziplinär zusammen. Ein Mitarbeiter referierte über die Thematik Jugendgewalt und über das Thema «Rechtsradikalismus in Liechtenstein».

Jugendbeteiligungsmodell «JUBEL»
Das Projekt JUBEL (Jugendbeteiligung Liechtenstein) wurde 2009 nach einer Pilotphase als demokratisches Gefäss der Jugendpartizipation eingerichtet, erfreut sich hoher Akzeptanz und konnte im Berichtsjahr einen weiteren Zuwachs an teilnehmenden Jugendlichen verzeichnen. Es beteiligten sich im Schuljahr 2009/10 1'350 Schüler und Schülerinnen aus neun Schulen an JUBEL, davon nahmen 65 an der Vollversammlung und 54 an der Klassensprecherausbildung teil. Die Projektleitung obliegt dem "aha - Tipps und Infos für junge Leute". Als repräsentative Organisation der Jugendbeteiligung im Sinne des Kinder- und Jugendgesetzes stellt das landesweite Schülerparlament eine Plattform dar, bei welcher Jugendliche ihren Anliegen Gehör verschaffen können und die Möglichkeit haben, ihre Projektideen umzusetzen. Aus einer Evaluation ergab sich die Erkenntnis, dass für jene Altersgruppen, die nicht über JUBEL erfasst werden, nämlich die 16-18jährigen und Kinder im Primarschulalter, eine Lücke besteht. Für sie besteht kein Gefäss der Partizipation. Diesem Mangel soll Abhilfe geschaffen werden. Die jährliche Vollversammlung fand am 24. Februar statt. Übers Jahr arbeiteten die einzelnen Projektgruppen an ihren Projekten zu Themen wie Verhalten im Bus, Vandalismus, Schule, Freizeitangebote, Jugendcafé und Flüchtlinge.

Finanzielle Beiträge der Kinder und Jugendförderung
Gemäss der Kinder- und Jugendförderungs-Beitragsverordnung wurden zwölf Veranstaltungen im Kinder- und Jugendbereich finanziell unterstützt. Das Jugendinformationszentrum "aha" und die Gemeinde Vaduz erhielten für je einen Praktikumsplatz finanzielle Zuschüsse. Vier ehrenamtliche Jugendleiter erhielten eine finanzielle Unterstützung für den Besuch von Leiterkursen.

Den Jugendleiterurlaub nahmen 241 (275) Personen in Anspruch. Diese Förderungen sind folgenden Bereichen zugute gekommen: 132 (163) Personen aus dem Bereich Sport, 80 (68) Personen aus dem Bereich der soziokulturellen Animation und 29 (44) Personen aus dem musischen Bereich (in Klammern stehen die Vorjahreswerte).

Aufwand in den Bereichen Kinder- und Jugendförderung, Kinder- und Jugendschutz und Kinder- und Jugendhilfe



	2006	2007	2008	2009	2010
Jugendschutz	36'627	22'651	36'966	43'579	38'005
Jugendpflege	1'290'409	1'382'490	1'395'987	1'649'990	950'694
Einzelhilfe (JH)	936'931	1'216'937	1'283'480	1'349'976	1'766'650
Institutionen (JH)	2'291'971	2'344'381	2'543'082	2'833'025	3'736'801
Gesamtaufwand	4'555'938	4'966'459	5'259'515	5'876'570	6'492'150

Stabsstelle für Chancengleichheit

Stabsstellenleiterin: Bernadette Kubik-Risch

Die ersten fünf Monate des Berichtsjahres standen ganz unter dem Motto «Blickwechsel». Die Stabsstelle koordinierte und organisierte die Vernetzung für die Ausstellung sowie das Rahmenprogramm «Blickwechsel» zu 50 Jahre Invalidenversicherung in Liechtenstein. Ein weiterer Schwerpunkt bildete das Thema häusliche Gewalt mit der Ausstellung «Hinter der Fassade».

Übergreifende Chancengleichheitsthemen

Chancengleichheitspreis 2010
Im Berichtsjahr wurden neun Projekte von folgenden Organisationen eingereicht: Türkischer Frauenverein, Seniorenbund, infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen, Junges Theater Liechtenstein, Erwachsenenbildung Stein Egerta, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB), Verein für Interkulturelle Bildung (VIB), Heilpädagogisches Zentrum (HPZ) und eine Privatperson mit einer Geschichte zur Chancengleichheit.

Der 1. Preis «Chancengleichheit 2010» mit einem zweckgebundenen Barpreis in der Höhe von CHF 20'000 wurde dem Jungen Theater Liechtenstein für das integrative und generationenübergreifende Projekt Augustine zugesprochen. Anerkennungspreise erhielten die Erwachsenenbildung Stein Egerta für ihr Projekt «Der Tanz mit dem Besen – eine innovative Seminarreihe für Reinigungsfrauen» und der Verein für Interkulturelle Bil-

dung (VIB) für sein Projekt «Unterwegs in Liechtenstein – Deutsch im Fürstentum Liechtenstein».

Mitarbeit in verschiedenen Gremien / Expertisen
Die Stabsstelle hatte im Berichtsjahr in verschiedenen Arbeits- und Ad-hoc-Gruppen Einsitz bzw. gab zu verschiedenen Themen eine Stellungnahme ab. Zu folgenden Themen wurde eine Stellungnahme verfasst: Zur Revision des Ausländergesetzes und des Personenfreizügigkeitsgesetzes und zum Flüchtlingsgesetz. Die Stabsstelle war einbezogen in die Beantwortung der Fragen im Vorfeld der mündlichen Berichterstattung zum 4. Länderbericht der UNO-Frauenkonvention, welche am 20. Januar 2011 in Genf stattfand.

In Zusammenarbeit mit dem Frauennetz wurden Stellungnahmen zur Revision des Erbrechts, des Gleichstellungsgesetzes, zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sowie zur Neuschaffung des Partnerschaftsgesetzes verfasst und ein Antrag zur Änderung der Sorgerechtsregelung nach Norwegischem Modell beim Ressort Justiz eingebracht.

Mit dem Verein für Mediation, der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen sowie dem Verein für Männerfragen brachte die Stabsstelle eine Empfehlung zur Revision des Zivilrechtsmediationsgesetzes für eine finanziell geförderte Mediation in Familienrechtskonflikten (Trennung / Scheidung) bei der Regierung ein.

Die Stabsstelle nahm an der Fokusgruppendiskussion zur Erstellung einer Vergleichsstudie des Europarates zum Thema Homo-, Bi- und Transsexualität teil.

Die EU führte eine Studie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen sowie der Richtlinie 2004/113/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch. Zur Befragung in Liechtenstein wurden verschiedene Regierungs- und Nichtregierungsstellen eingeladen. Die Stabsstelle übernahm die Koordination der Gruppendiskussion und nahm selbst an dieser teil.

Die Stabsstelle hatte Einsitz in der Projektgruppe Statistik zur Systematisierung der Datenerhebung bezüglich Menschenrechte und Chancengleichheit (Gleichstellungsdaten) sowie in der Projektgruppe Go-li zur Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen in Liechtenstein.

Öffentlichkeitsarbeit
Zeitungsartikel, Radiosendungen und -spots, Interviews (Radio, Fernsehen, Zeitungen) zu Projektthemen wurden im Berichtsjahr für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Weiters informiert die Stabsstelle seit Juni 2008 monatlich mit einem Newsletter über aktuelle Themen und Projekte. Zudem wurde regelmässig im FLip (Personalzeitschrift der Landesverwaltung) über chancengleichheitsrelevante Themen berichtet. Die Stabsstelle betreut zudem verschiedene Homepages: www.scg.llv.li, www.3laenderfrauen.org, www.frauenwahl.li, www.demograzia.li, www.barrierefreies.li.

Kontakte und Anregungen
Insgesamt haben sich im Berichtsjahr 130 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. 53 Anfragen waren von Privaten, 47 von Organisationen, 27 aus der Verwaltung und drei von Betrieben. Es wurden nur Kontakte in die Statistik aufgenommen, die keinen Zusammenhang zu aktuellen Projekten der Stabsstelle aufweisen – z.B. sind Fragen zum Politiklehrgang oder zum Interventionsprogramm S.I.G.N.A.L. nicht in der Statistik vermerkt.

Gleichstellung von Frau und Mann

Erwerbsleben

Equal Pay Day
Die Stabsstelle unterstützte die Durchführung des zweiten Equal Pay Day des BPW Business and Professional Women Clubs in Liechtenstein finanziell und personell.

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz
Die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen suchte Finanzhilfen für die Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gleichstellungsgesetz an. Die infra hatte im Rahmen der Finanzhilfe nach dem Gleichstellungsgesetz u.a. Beratungen zu Mobbing und Bossing zu leisten. Finanzhilfe wurde der Erwachsenenbildung Stein Egerta für die Weiterbildung «Familienfrau – ich kann mehr als ich weiss» sowie für den Bewerbungskurs «Die wirksame Bewerbung» gesprochen. Bei beiden Kursen wurde über die Finanzhilfe die Teilnahmegebühr für Wiedereinsteigerinnen bzw. Familienfrauen gesenkt, damit die Kurse für diese erschwinglich waren.

Politik – Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen
Der 7. länderübergreifende Politiklehrgang dauerte von März 2010 bis November 2010. Aus Liechtenstein nahmen sieben Frauen teil. Der 8. Politiklehrgang wurde im Herbst 2010 ausgeschrieben. Er wird mit voraussichtlich sechs Teilnehmerinnen aus Liechtenstein durchgeführt.

Gesprächsrunden Politikerinnen
Seit 2007 führt die Stabsstelle für Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann jährlich zwei Gesprächsrunden mit Politikerinnen durch. An der siebten Gesprächsrunde im Frühjahr 2010 diskutierten die Abgeordneten über das Thema «Regierung – Direktwahl durch das Volk?».

In der achten Gesprächsrunde stand das Thema «Zivilcourage – nötiger denn je?» zur Diskussion.

Gemeindewahl 2011
Zur Motivation von Frauen für eine Kandidatur hat die Stabsstelle in Zusammenarbeit mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie den Gemeinden Rundtischinterviews in den Gemeindeinformationsblättern veröffentlicht. Zur Unterstützung der Kandidatinnen wurden im Dezember 2010 alle Kandidatinnen für ein Austauschtreffen eingeladen. Die Homepage www.frauenwahl.li wurde den Kandidatinnen wiederum als Präsentationsplattform zur Verfügung gestellt.

Mentoring Leitfaden
Der länderübergreifende Mentoring Leitfaden für Frauen in der Politik wurde überarbeitet und neu aufgelegt. Der Leitfaden wurde am 1. Treffen der Gemeinderatskandidatinnen vorgestellt und zudem an alle Kandidatinnen versandt.

Bildung / Rollenstereotypien

Starke Mädchen und Jungs
Das Projekt «Starke Mädchen und Jungs» an der Primarschule Triesen wurde von der Stabsstelle für drei Klassen finanziell unterstützt. Das Angebot geht von den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen aus, die Mädchen und Jungen vor verschiedene Fragen, Probleme und Anforderungen stellen. Zentral im Angebot ist die Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Stereotypen.

Unterrichtseinheiten für Berufsmaturaklassen
Auf konkrete Anfrage hin führte die Stabsstelle mit zwei Berufsmaturaklassen des Berufbildungszentrums in Buchs je zwei Doppellektionen zum Thema «Gleichstellung von Frau und Mann in der Praxis» durch.

Buchempfehlungsliste
In Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat Vorarlberg wurde die Buchempfehlungsliste «Meins & Deins» mit Impulsen zur geschlechtssensiblen Pädagogik erstmals länderübergreifend herausgegeben und an verschiedene Stellen wie Bibliotheken, Buchhandlungen, Kindertagesstätten, Elternvereinigungen und Schulen versandt.

Gewalt gegen Frauen

S.I.G.N.A.L. – Interventionsprogamm gegen häusliche Gewalt
S.I.G.N.A.L. hiess das länderübergreifende Interventionsprogramm, welches zusammen mit Vorarlberg zwischen März 2009 und Juli 2010 durchgeführt und in Liechtenstein in enger Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus Liechtenstein umgesetzt wurde. In Liechtenstein nahmen 86 Fachpersonen (Landesspital und Familienhilfe) zwischen Januar und März 2010 an den Informationsveranstaltungen teil. Die Wanderausstellung «Hinter der Fassade» aus Österreich konnte im Gasometer vom 16. bis zum 30. Juni 2010 gezeigt werden. Um einen guten Bezug zu Liechtenstein zu schaffen, wurde die Ausstellung mit Fotos von Hausfassaden aus Liechtenstein ergänzt. Schlagzeilen zum Thema «Häusliche Gewalt» aus den Liechtensteinischen Zeitungen rundeten die Ausstellung ab. Zur Eröffnung der Ausstellung schuf Katja Langenbahn-Schremser den Video-Clip «Stop-it». Am 26. Juni wurde mit Michèle Minelli, Selbstbetroffene und Buchautorin das Gespräch «Wie ein Ausstieg gelingt» geführt. Die Ausstellung wurde von insgesamt 270 Personen besucht. Sechs Schulklassen der weiterführenden Schulen haben den Workshop des Frauenhauses genutzt.

Notfallkarten
Die Notfallkarten, welche kurz und bündig Auskunft über Gewaltformen sowie über Hilfe- und Unterstützungsangebote für Gewaltbetroffene geben, wurden 2009 grafisch neu gestaltet und in acht Sprachen übersetzt. Die Karten werden jährlich an öffentliche Stellen wie Arztpraxen, Gemeindeverwaltungen usw. verschickt.

Frauen- und Menschenhandel mit dem Schwerpunkt Sexarbeit in Liechtenstein
Vom 26. Oktober bis 6. November 2009 wurde das Projekt Frauen- und Menschenhandel mit dem Schwerpunkt Sexarbeit in Liechtenstein durchgeführt. Die für dieses Projekt gebildete Arbeitsgruppe «Frauenhandel» diskutierte 2010 die rechtliche Situation der Sexworkerinnen, die als Cabarettänzerinnen nach Liechtenstein kommen und prüfte verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten. In der Schweiz werden derzeit die Zulassungsbestimmungen für Tänzerinnen aus Drittstaaten revidiert. Da die Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung der Tänzerinnen in Liechtenstein daran geknüpft ist, dass sie zuvor schon in der Schweiz zugelassen wurden, wird beschlossen, die Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen abzuwarten und allenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder aktiv zu werden.

Gesundheit

«Gender Gesundheit: Körperbilder»
Gender Gesundheit ist eine Veranstaltungsreihe, die von den Fachstellen für Gleichstellungsfragen aus dem Fürstentum Liechtenstein, dem Land Vorarlberg, den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Graubünden vom 8. Juni bis zum 10. November 2010 präsentiert wurde. Im Europäischen Jahr der Chancengleichheit haben die genannten Fachstellen die Veranstaltungsreihe «Gender Medizin: Gesundheit weiblich – Gesundheit männlich» durchgeführt. Aus der Weiterentwicklung ergaben sich vier Vorträge zum Thema Körperbilder, eine Ausstellung mit dem Titel «Barbiefreie Zone» des Mädchenzentrums Amazone, eine Präsentation zu «Körperbilder – konstru-

ierte Realitäten von Frauen und Männern in der Werbung», Kurzfilme über Körperbilder und einen Selbsttest zur Reflexion des persönlichen Körperbildes.

Vorarlberg startete die Veranstaltungsreihe am 8. Juni 2010 mit dem Thema «Die Macht der Körperbilder». Graubünden setzte die Reihe am 18. Juni fort mit «Jung, schlank und erfolgreich?». Nach der Sommerpause hiess es am 20. September in Appenzell Ausserrhoden «Nicht mehr jung – noch nicht alt». Liechtenstein schloss die Veranstaltungsreihe am 10. November 2010 mit dem Thema «Älter werden – lebendig bleiben». In Liechtenstein konnte die Ausstellung «Barbiefreie Zone» sowie ein Workshop dazu zusätzlich noch zwei Schulklassen der Oberschule Vaduz angeboten werden. Die Dokumentation wird im laufenden Jahr fertig gestellt.

Vernetzungen/Zusammenarbeit

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung
Die Arbeitsgruppe traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt fünf Sitzungen. Hauptthemen der Arbeitsgruppe stellten die Förderung der Teilzeitarbeit in der Landesverwaltung, der Versicherungsschutz im Elternurlaub, die Themen sexuelle Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz sowie die Erarbeitung einer Stellungnahme zur Revision des Gleichstellungsgesetzes dar.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
Die Leiterin der Stabsstelle ist in der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann mit beratender Stimme vertreten. Die Stabsstelle ist die geschäftsführende Stelle der Kommission.

Frauennetz Liechtenstein
Seit 1997 treffen sich die Frauenorganisationen zum gegenseitigen Austausch von Informationen und zur Realisierung von gemeinsamen Projekten. Die Rolle der Stabsstelle liegt dabei vor allem in der Administration und Koordination des Frauennetzes. 2010 befasste sich das Frauennetz mit dem Erbrecht, dem Gleichstellungsgesetz, dem Partnerschaftsgesetz sowie dem Sorgerecht und brachte dazu bei der Regierung Stellungnahmen bzw. einen Antrag ein. Zum Internationalen Tag der Frau veröffentlichte das Frauennetz ein Manifest zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerb und organisierte einen Cabaret-Abend im TaK. Zudem entwickelte das Frauennetz DemoGrazia, den Preis für Zivilcourage weiter – siehe auch www.demograzia.li.

Länderübergreifende Vernetzung
Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein sowie der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Unter Mitwirkung der Stabsstelle wurde am 12. Februar 2010 eine Weiterbildungsveranstaltung für die Gleichstellungskonferenz für die Ostschweizer Kantone und das Fürstentum Liechtenstein organisiert und durchgeführt. Mit dem Frauenreferat Vorarlberg ist die Stabsstelle eng vernetzt. Unter anderem durch die gemeinsame Veröffentlichung der Broschüren Mentoring und der Buchempfehlungsliste.

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Ausländergesetz
Im Ausländergesetz sind für die Stabsstelle folgende Aufgaben festgehalten: Information sowie Koordination von Massnahmen. Für die Umsetzung der Aufgaben aus dem Ausländergesetz hat die Stabsstelle verschiedene Konzepte für Informations- und Beratungsangebote entworfen. Nach dem Austritt der Fachfrau für Integrationsfragen aus der Stabsstelle konnte die Stelle nicht neu besetzt werden, da zuerst die Regierungs- und Verwaltungsreform durchgeführt werden soll. Die Umsetzung der entwickelten Angebote kann deshalb nur sehr eingeschränkt realisiert werden.

Kommission für Integrationsfragen
Die Stabsstelle ist von Amtes wegen in der Kommission für Integrationsfragen vertreten.

Interkulturelle Bibliothek
Die Stabsstelle hat in Zusammenarbeit mit der Liechtensteinischen Landesbibliothek im Berichtsjahr eine Informationsveranstaltung für Mitarbeitende der Regierung aus den Ressorts Familie und Chancengleichheit, Kultur, Bildung und Inneres, des Ausländer- und Passamtes sowie für den Stiftungsrat der Landesbibliothek organisiert. Hauptthema war die Information über die Interkulturelle Bibliothek der Freihandelsbibliothek St. Gallen.

Behinderung

Sensibilisierungskampagne – Zeitungsseite «mittendrin»
Die im November 2006 von der Stabsstelle gestartete Sensibilisierungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Das 10-köpfige Redaktionsteam, das vorwiegend aus Menschen mit einer Behinderung besteht, veröffentlichte im Berichtsjahr weitere fünf Zeitungsseiten «mittendrin».

Barrierefrei durch Liechtenstein
2010 wurde die Online-Version www.barrierefreies.li erneut aktualisiert. Dazu wurden alle Adressen, die in der Broschüre vertreten sind, und neu 323 Unternehmen mit Publikumsverkehr direkt angeschrieben. Es wurden 22 neue Einträge und 33 Änderungen vorgenommen. Mittlerweile sind 295 Einrichtungen auf der Homepage registriert.

Schulprojekt: Trialogische Unterrichtseinheit
Mit dem Schulprojekt werden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen für psychische Erkrankungen sensibilisiert. Vorurteile werden entkräftet, Ängste abgebaut und Wege zur Selbsthilfe aufgezeigt. Das Schulprojekt wurde im Berichtsjahr wiederum von der Stabsstelle in Zusammenarbeit mit der Gruppe Trialog angeboten und konnte mit vier Schulklassen der weiterführenden Schulen durchgeführt werden.

Jubiläum 50 Jahre IV
In Zusammenarbeit mit der Invalidenversicherung organisierte die Stabsstelle mit 22 Kooperationspartner/innen eine Ausstellung sowie ein vielfältiges Rahmenprogramm zu 50 Jahre IV in Liechtenstein. Die Ausstellung «Blickwechsel» wurde vom 4. bis 12. Mai 2010 in der Spörry Fabrik Vaduz gezeigt. Aufgabe der Stabsstelle war vor allem die Koordination der Angebote, die Organisation der Ausstellung sowie die Förderung der Vernetzung der verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Die Ausstellung wurde von rund 1'700 Personen besucht, davon waren ca. 500 Schüler und Schülerinnen mit ihren Lehrpersonen.

Auf Wunsch der teilnehmenden Organisationen wurde im November das erste Vernetzungstreffen durchgeführt. Die Stabsstelle ist für die Koordination, Organisation und Durchführung der Vernetzungstreffen zuständig. Das nächste Treffen findet voraussichtlich im März 2011 statt.

Sexuelle Orientierung

Sensibilisierungskampagne
Die Stabsstelle für Chancengleichheit hat in Zusammenarbeit mit Amnesty International, der Gruppe FLay, der evangelischen Kirche, der evangelisch-lutherischen Kirche, der Fachstelle für Sexualfragen fa6, dem Verein für eine offene Kirche sowie einer Privatperson eine Sensibilisierungskampagne (Vortrags- und Filmreihe) vorbereitet.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Vorsitzende: Martha Spiegel bis Juni 2010, Helen Goop ab Juni 2010

Die Kommission trat im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen als Gesamtkommission zusammen.

Arbeitsschwerpunkte
Die Kommission befasste sich im Berichtsjahr vor allem mit den Gemeindewahlen 2011.

Verabschiedung und Willkommen
Das Mandat der Gleichstellungskommission unter dem Vorsitz von Martha Spiegel dauerte bis Mai 2010. Am 26. Juni 2010 verdankte Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher die geleistete Arbeit der Gleichstellungskommission (2006 bis 2010) und hiess die neuen Kommissionsmitglieder unter dem Vorsitz von Helen Goop herzlich willkommen.

Gespräch mit den Parteien
Die Gespräche mit den Parteien wurden im Februar und März 2010 durchgeführt. An den Gesprächen wurden Fragen rund um die Gemeindewahlen 2011 erörtert. Unter anderem wurden der Politiklehrgang, die Nachwahlbefragungen sowie die parteiübergreifenden Aktionen der Kommission angesprochen.

Rundtischinterviews in den Infoblättern der Gemeinden
Von Mai 2009 bis November 2010 wurden acht Interviews durchgeführt, an denen insgesamt 30 Frauen teilgenommen haben. Dabei äusserten sich jeweils drei bis vier Frauen aus mehreren Gemeinden zu ihren Erfahrungen in der Kommission. Es ging um die Themen Bildung, Gesundheit, Finanzen, Familie, Umwelt und Jugend. Zusätzlich wurden zwei Interviews mit sieben Gemeinderätinnen geführt, die Frauen für eine Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen 2011 motivieren sollten. Diese Interviews inkl. Fotos wurden allen Gemeinden für ihr Informationsblatt zur Verfügung gestellt. Das ergab doppel- bis dreiseitige Beiträge mit zwei bis drei Fotos und einer individuellen Factbox, in der die Teilnehmerinnen vorgestellt wurden.

Gesprächsrunde mit den weiblichen Landtagsabgeordneten
Im Berichtsjahr organisierten die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann wieder zwei Gesprächsrunden. Die erste Gesprächsrunde befasste sich mit dem Thema «Regierung – Direktwahl durch das Volk?» und die zweite Gesprächsrunde widmete sich dem Thema «Zivilcourage – nötiger denn je». An den beiden Gesprächsrunden nahmen jeweils ca. 25 bis 30 Personen teil.

Politiklehrgang für Frauen
Der siebte länderübergreifende Politiklehrgang wurde von den sieben Teilnehmerinnen aus Liechtenstein wiederum als sehr gut bewertet. Insgesamt haben die letzten sieben Jahre aus Liechtenstein 51 Frauen und aus Vorarlberg 87 Frauen den Politiklehrgang absolviert. Die Ausschreibung für den Lehrgang 2011 erfolgte im Dezember 2010.

Gemeindewahl 2011
Neben dem Politiklehrgang, den Rundtischinterviews und der weiterentwickelten Plattform www.frauenwahl.li

wurde für die Kandidatinnen ein Austauschtreffen durchgeführt. Aktionen, die aus dem Austauschtreffen heraus entstanden sind, wurden im Monat Januar und Februar 2011 umgesetzt.

Teilnahme an Vernehmlassungen
Im Berichtsjahr hat sich die Gleichstellungskommission an der Vernehmlassung zur Abänderung des Gleichstellungsgesetzes sowie zur Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsrechts und an der Stellungnahme zum Round-Table-Gespräch zum Erbrecht beteiligt. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem Frauennetz ein Antrag an das Ressort Justiz zum Thema «Gemeinsame Obsorge nach Norwegischem Modell» eingebracht.

Teilnahme an Veranstaltungen
Mitglieder der Gleichstellungskommission haben am Internationalen Tag der Frau und an der Gleichstellungskonferenz 2010 in St. Gallen teilgenommen, die Jubiläumsveranstaltung zu 20 Jahre Kantonale Fachkommission im Kanton Bern besucht und sich an der Weiterbildung der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und dem Fürstentum Liechtenstein beteiligt, welche im Berichtsjahr in Vaduz durchgeführt wurde.